

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886846 ppbm d

Inhalt

43. Jahrgang / 241

16. Dezember 1988

Eine Identifikationsfigur der deutschen Geschichte

Willy Brandt wird 75

Von Björn Engholm
Ministerpräsident von Schleswig-Holstein

„Neu bestimmen wir das Verhältnis von Mensch, Gesellschaft und Natur.“ Der Mann, der das sagt, wird 75. Willy Brandt hat immer Mut zum Anfang. Er ist ein Staatsmann, den keine kleintütige Furcht vor dem Neuen zurückhält. Deshalb ist er weiter gegangen als andere, auch weiter als andere, die Staatsmänner sein wollen (wo gibt es die Staatsfrauen in Deutschland?) und über ihre Grenzen nicht hinaus kamen.

Willy Brandt ist eine Identifikationsfigur der deutschen Geschichte. Sein Kniefall in Warschau, ein Symbol für Schuld und Scham und Versöhnung, bleibt vielen unvergessen. Nach Osten hin hat er, der ausgewiesene Antifaschist, über die Bewältigung der Vergangenheit neue Möglichkeiten eröffnet.

Den Nord-Süd-Konflikt und die blanke Notwendigkeit unserer Solidarität mit den Armen, den Unterdrückten und Abhängigen in der Dritten und Vierten Welt, hat besonders Willy Brandt mit seiner Kommission ins öffentliche Bewußtsein gehoben.

Willy Brandt war Regierender Bürgermeister in Berlin zur Zeit des Mauerbaus. Er war der Parteivorsitzende, der nach vergeblichen Anläufen 1961 und 1965 gemeinsam mit der FDP 1969 die erste sozialdemokratisch geführte Bundesregierung bilden konnte. Während seiner Kanzlerschaft gewann die SPD neue Attraktivität besonders für Jüngere, für Akademiker und für Frauen.

Willy Brandt ist Vorsitzender der Sozialistischen Internationale und Ehrenvorsitzender der SPD. Er bleibt mutig an der Spitze der Bewegung.

„Neu bestimmen wir das Verhältnis von Mensch, Gesellschaft und Natur. Neu ist zu bestimmen, was technischer Fortschritt ist. Wir besinnen uns neu auf unsere alte Maxime der internationalen Zusammenarbeit und Solidarität. Wir drängen mit erneuter Kraft darauf, daß die darbenenden Massen in anderen Teilen der Welt ihre Lebenschancen gewinnen. Wir besinnen uns drängend auf neue Wege zu gemeinsamer Sicherheit - für uns in Europa und darüber hinaus. Neben Frieden ist nichts wichtiger als Freiheit: Die Freiheit für viele, nicht nur für die wenigen. Freiheit des Gewissens und der Meinung. Freiheit von Not und von Furcht. Das zu erkämpfen, bleibt die historische Aufgabe des Lagers der sozialen Demokratie.“

Björn Engholm würdigt das Lebenswerk von Willy Brandt: Eine Identifikationsfigur der deutschen Geschichte.

Seite 1

Susi Möbbeck, Juso-Bundesvorsitzende, erläutert, was für die heutige SPD-Jugend bedeutsam an Brandts politischer Arbeit ist: Er hat auch in unbequemen Situationen Flagge gezeigt.

Seite 2

Thomas von der Vring MdEP erläutert den EP-Haushalt für 1989: Ein großer Erfolg für das Parlament..

Seite 3

Walter Kolbow MdB zieht eine Bilanz der bisherigen Arbeit von Verteidigungsminister Scholz: Fehlleistungs-Minister.

Seite 5

Karl-Heinz Hiersemann MdL stellt die Offensiva seiner Fraktion in der Familienpolitik vor: Bayern zur Speerspitze für familienfreundliche Politik machen.

Seite 6

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

16.12.1988



Er hat auch in unbequemen Situationen Flagge gezeigt

Willy Brandt zum 75. Geburtstag

Von Susi Möbbeck
Juso-Bundesvorsitzende

Wenn Willy Brandt in diesem Jahr seinen 75. Geburtstag feiert, so gratuliere ich ihm sozusagen als „politische Ur-Ur-Enkelin“. Als er Bundeskanzler wurde, ging ich noch nicht zur Schule. Als ich der SPD beitrug, lag die Ära der Regierung Brandt schon fünf Jahre zurück.

Aus Diskussionen mit unseren APO-Vorderen und „Alt-Jusos“ weiß ich jedoch, was Willy an Hoffnungen in dieser Generation mobilisiert hat: Er, die Verkörperung des Versuchs „mehr Demokratie zu wagen“, er, der Vertreter des Deutschlands des Widerstandes gegen die Nazi-Barbarei, der mit seinem Kniefall in Warschau den Weg zur Versöhnung mit den Völkern des Ostens gegen die Reaktiönäre hierzulande ebnete. Das alles ist schon Geschichte.

Für mich ist jedoch noch etwas anderes wichtig. Der Name Willy Brandt ist auch verbunden mit enttäuschten Hoffnungen auf Reformen, politischen Versäumnissen und schweren Fehlentwicklungen - als Beispiel seien hier die Berufsverbote genannt. Umso mehr imponiert es mir, daß er als einer der ersten diesen Fehler öffentlich eingestanden hat, um damit eine Abschaffung des Radikalerlasses zumindest in den SPD-regierten Bundesländern einzuleiten. Gleichzeitig hat er als Parteivorsitzender mit seinem Eintreten gegen die NATO-Nachrüstung, für eine programmatische Erneuerung und für die Frauen-Quote die Partei für die Friedens-, Ökologie- und Frauenbewegung geöffnet.

Zum Schluß noch ein persönliches Erlebnis, das mehr mit seinem Wirken als SI-Präsident und ehemaliger Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission zu tun hat. Gemeint ist sein Auftreten auf der großen Mittelamerika-Demonstration vor vier Jahren auf dem Bonner Hofgarten. Damals versuchten verummte Chaoten und Provokateure mit massiven Störmanövern und ziemlich brutaler Gewalt Willys Rede zu verhindern. Sein Mut - auch gegen den Ratschlag mancher PV-Mitglieder - dort zu sprechen und sein Hinweis, „es haben schon ganz andere Leute versucht, mich am Reden zu hindern“, haben mir deutlich gemacht, wie wichtig es gerade für demokratische Sozialisten ist, auch in unbequemen Situationen Flagge zu zeigen. Willy ist immer zu den Menschen hingegangen und sei es nur - im Gegensatz zu einigen sozialdemokratischen Gourmets aus der Vorstandsetage - zum Essen in die Kantine der Baracke.

Wir wünschen Dir, lieber Willy, alles Gute und daß Du noch viele Dinge auf den Weg bringst.

(-/16.12.1988/vo-he/st)

* * *

Ein großer Erfolg für das Parlament

Zur Verabschiedung des Haushaltes 1989

Von Thomas von der Vring MdEP

Das EP hat heute den Haushalt 1989 in zweiter Lesung verabschiedet, in alleiniger Verantwortung, ohne Konflikte mit dem Rat, und ohne die Frage nach einem neuen Höchstsatz aufzuwerfen.

Grundlage dieser neuen Prozedur ist die im Sommer geschlossene Interinstitutionelle Vereinbarung (IIV), die bestimmte Abmachungen über die Verwendung der Haushaltsmittel enthält und die dem Parlament das Recht zugesteht, im Rahmen der Obergrenzen der finanziellen Vorausschau über die nicht-obligatorischen Ausgaben eigenverantwortlich zu verfügen.

Es hat nicht an Versuchen des Rates gefehlt, diese neudefinierte Befugnis des Parlaments infrage zu stellen. Das Parlament hat sich aber strikt geweigert, sich auf entsprechende Verhandlungen in der zweiten Lesung einzulassen.

In konsequenter Fortsetzung seiner Linie aus der ersten Lesung hat das EP den Entwurf eines Berichtigungsschreibens passieren lassen, der gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsentwurf die nationalen Haushalte um 3,75 Milliarden EC entlastet. Motiv des Parlaments war die Sicherung der Beschlüsse zur Agrargarantie. Das Parlament hat verhindert, daß die konjunkturellen Einsparungen in der Agrarpolitik (Anhebung der Weltmarktpreise insbesondere für Getreide) für strukturelle Ausgabenanhebungen mißbraucht werden konnten.

Das Parlament hat in diesem Haushaltsverfahren zum ersten Mal den Versuch unternommen, in systematischer Weise mit budgetaren Mitteln auf die Gesetzgebung der Gemeinschaft Einfluß zu nehmen. Es hat in vier exemplarischen Bereichen in erster Lesung Mittel bereitgestellt und den Rat aufgefordert, bis zur zweiten Lesung die erforderlichen Rechtsgrundlagen zuzusagen. Die Erfolge dieses Versuchs sind bemerkenswert:

1. Den Vorschlag zur Einführung eines Küsten- und Meeressanierungsprogramms für die Irische See, die Nord- und Ostsee sowie den Atlantik hat der Rat akzeptiert, wobei er die Mittel für 1989 gekürzt hat. Die Kommission hat zugesagt, einen entsprechenden Verordnungsentwurf vorzulegen.
2. Die Dotierung des Verkehrsinfrastrukturprogramms mit 60 MECU hat der Rat akzeptiert. Der Verkehrsministerrat hat die entsprechende Verordnung gebilligt.

3. Er hat außerdem endlich der Kommission ein Mandat zu Verhandlungen mit Österreich und Jugoslawien über neue Transitwege erteilt. Das Parlament hat die Streichung der Mittel für 1989 durch den Rat akzeptiert, nachdem der Ratspräsident zugesagt hat, daß erforderlichenfalls auch entsprechende Haushaltsbeschlüsse gefaßt werden.
4. Der Rat hat sich allerdings nicht in der Lage gesehen, eine Rechtsgrundlage für sozial- und beschäftigungspolitische Aktionen in einem Europäischen Sozialraum zuzusagen. Dies bleibt das große Thema der kommenden Jahre bis zur Vollendung des Binnenmarktes.

Im übrigen betrachtet das Parlament seine erste Lesung als ausschlaggebend, soweit der Rat in zweiter Lesung nicht neue Argumente vorbringt. Dementsprechend hat das Parlament alle Pauschal Kürzungen des Rates in seiner zweiten Lesung rückgängig gemacht.

Die Antworten des Rates zu den die Rechtsgrundlage betreffenden Forderungen haben 23 MECU disponibel gemacht. Für diesen Fall hatte das Parlament in erster Lesung eine operationelle Reserve von Erhöhungsvorschlägen beschlossen, die nun zur Kompensierung dieser Kürzungen benutzt worden ist.

In seinen Abweichungen von den nichtobligatorischen Vorschlägen des Rates hat das Parlament insbesondere folgende Prioritäten berücksichtigt:

- 21 MECU für den Binnenmarkt,
- 11 MECU für ERASMUS, YES und Schüleraustausch,
- 23 MECU für Umwelt- und Verbraucherschutz,
- 84 MECU für die Nahrungsmittelhilfe,
- und 33 MECU im Bereich der internationalen Solidarität (Flüchtlingshilfe, Nicht-Regierungs-Organisationen, Frontstaaten in Südafrika, Westbank und Gazastreifen, Chile sowie Umweltschutz in der Dritten Welt).

Als unerwartete Folge der Interinstitutionellen Vereinbarung war in diesem Haushalt die Finanzierung der Nahrungsmittelhilfe ein besonderes Problem. Die Nahrungsmittelhilfe wird sowohl aus der Entwicklungspolitik (Käufe zu Weltmarktpreisen) als aus der Agrarpolitik (Exporterstattungen) finanziert. Das Parlament hat sich geweigert, die exorbitanten Steigerungen der Weltmarktpreise im Rahmen der Entwicklungsausgaben auszugleichen, da sie zu kompensatorischen Einsparungen im Agrarbereich führen. Es hat statt dessen einen finanziellen Ausgleichsmechanismus zwischen beiden Quellen gefordert.

Der Haushaltsrat hat zwar das Problem anerkannt und eine Good-will-Erklärung abgegeben. Er hat sicher aber für eine prinzipielle Lösung unzuständig erklärt. Deshalb hat das Parlament seinen Präsidenten beauftragt, dieses Problem in einem Drei-Präsidenten-Treffen zu lösen.

Der Haushalt 1989, den das Parlament nunmehr einmütig verabschiedet hat, hat ein Volumen von 46,6 Milliarden ECU Verpflichtungsermächtigungen und 44,8 Milliarden ECU Zahlungsermächtigungen. Seine Erhöhung gegenüber 1988 beträgt eine Milliarde ECU (+ 2,3 Prozent). Bei den Verpflichtungsermächtigungen sinken die obligatorischen Ausgaben um 1,4 Milliarden ECU, während die nicht-obligatorischen Ausgaben um 1,4 Milliarden ECU steigen. Sie machen jetzt fast ein Drittel des Haushalts aus. Der Anteil der Agrarausgaben sinkt von 65 Prozent auf 62 Prozent.

(-/16.12.1988/vo-ha/st)

Fehlleistungs-Minister

Eine Bilanz der bisherigen Arbeit von Verteidigungsminister Scholz

Von Walter Kolbow MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses

Keinem Verteidigungsminister in der Bundesrepublik Deutschland ist es schneller gelungen, in die mit diesem Amt fast zwangsläufig verbundenen Turbulenzen zu geraten, als dem seit nun gut sieben Monaten amtierenden Rupert Scholz. Mit fast instinktiver Sicherheit tritt er in jeden politischen Fettnapf, der nur in seiner Nähe ist. Ob es die Desavouierung des Verteidigungsausschusses durch Nichtinformation über wichtige Entscheidungen oder das Zuspieren von Akten an einen Sachverständigen zur Erstellung eines Gefälligkeitsgutachtens im Ramstein-Untersuchungsausschuß war, mangelndes Einfühlungsvermögen und professorale Überheblichkeit sind die ständigen Begleiter des Verteidigungsministers.

Völlig mißriet ihm zudem sein Auftritt in dieser Woche auf der 30. Kommandeurstagung der Bundeswehr in Würzburg. Mit keinem Wort ging Scholz vor den 450 Kommandeuren auf den inneren Zustand der Bundeswehr ein: Dienstzeitbelastung, Mitbestimmung, Menschenführung oder die medizinische Versorgung der Soldaten waren für ihn kein Thema. Statt dessen Altbekanntes über die Bedrohungslage im bekannt oberlehrerhaften Ton. Kein Wort zur Belastung der Bevölkerung durch die Streitkräfte und ihre Einrichtung oder ein Appell an die Alliierten auf die Belange der Bürger Rücksicht zu nehmen. Statt dessen nur der lapidare Hinweis auf die Notwendigkeit zur Landesverteidigung.

Die Krone seiner bisherigen Fehlleistungen setzte sich Scholz aber mit dem Hinauswurf seines Parlamentarischen Staatssekretärs Würzbach auf. Einmal hatte der mit dem Aussetzen von Flügen militärischer Strahlflugzeuge bis zu einer Höhe von 3.000 Metern etwas Richtiges gemacht, schon wurde dieser zur Entlassung gebracht. Hinter dem Zerwürfnis zwischen Scholz und Würzbach steckt allerdings nicht nur verletzte Eitelkeit des Professors, weil Würzbach an ihm vorbei entschieden hat, sondern ein Kotau vor den Alliierten. Denn diese waren mit der Würzbach-Entscheidung überhaupt nicht einverstanden. Scholz, insbesondere von den USA im Bedrängnis gebracht, entschloß sich, seinen Staatssekretär zu opfern. Doch der durchschaute das Spiel und inszenierte seinen spektakulären Abgang. Auf der Strecke blieb ein weiteres Mal die Glaubwürdigkeit des Verteidigungsministers. Wie lange noch?

(16.12.1988/vo-he/st)

* * *

Bayern zur Speerspitze für familienfreundliche Politik machen

**SPD-Landtagsfraktion legt Sechs-Punkte Katalog zur
Verbesserung der sozialen Lage der Familien vor**

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

Die SPD-Landtagsfraktion startet zu einer Offensive in der Familienpolitik: In einem Sechs-Punkte-Katalog (Fraktionsantrag) wird die Staatsregierung aufgefordert, die soziale Lage der Familien mit folgenden Maßnahmen zu verbessern:

1. Über den Bundesrat ist eine Initiative einzubringen, die eine Erhöhung des Kindergeldes für das erste Kind auf 200 Mark vorsieht. Familien mit Kindern müssen besser als bisher gefördert werden. Das gegenwärtige System des Familienlastenausgleichs hat die Bundesrepublik zwar zum ehefreundlichsten, bei weitem aber nicht zum kinderfreundlichsten Land der Welt gemacht. Das völlig unkoordinierte Nebeneinander von Kindergeld, Einkommensgrenzen, steuerlichen Kinderfreibeträgen und Kindergeldzuschlägen ist untragbar. Die SPD will anstelle der Freibeträge und der Kindergeldzuschläge ein deutlich angehobeneres Kindergeld von 200 Mark für das erste Kind ohne Einkommensgrenzen setzen.
2. Um Familien zu entlasten, muß der Freistaat Bayern die Errichtung, den Unterhalt und den laufenden Betrieb der Kinderkrippen kommunaler und freigemeinnütziger Träger fördern. Damit ein entsprechender flächendeckender Ausbau erfolgen kann, soll ein Bedarfsplan erstellt werden. In Bayern gibt es nur knapp 20.000 Hortplätze, die meisten davon nur in Großstädten. Für diesen Hortnotstand ist die CSU-Staatsregierung verantwortlich, für die der Kinderhort ein Stiefkind ist.
3. Die Staatsregierung muß deshalb bei der Errichtung, dem Unterhalt und dem laufenden Betrieb von Kinderhorten die Förderung gesetzlich regeln. Nur so können Familien entlastet und Einzelkindern Gemeinschaftserlebnisse ermöglicht werden. Hierbei sind kommunale und gemeinnützige Träger gleichzustellen.
4. Um bedürftige Schüler zu fördern, muß die Staatsregierung ein Landesprogramm auflegen. Das bayerische Landes-BAFÖG („LAFÖG-By“) sieht eine monatliche Ausbildungsförderung in Höhe von 200 Mark vor. Es soll all jenen bayerischen Schülern gewährt werden, die nach den Kriterien des Bundesausbildungsförderungsgesetzes förderungswürdig sind, aber nach dem geltenden BAFÖG kein Geld erhalten, weil sie bei ihren Eltern wohnen beziehungsweise eine vom Wohnsitz der Eltern erreichbare Schule besuchen können. Die SPD-Landtagsfraktion will dabei keinen besonderen Leistungsnachweis, um in den Genuß des „LAFÖG-By“ zu kommen.
5. Familienfreundliche Politik heißt auch: Alleinerziehende entlasten. Zu diesem Zweck muß die Staatsregierung Ganztagschulen bedarfsgerecht ausbauen. Dies sollte flächendeckend über den ganzen Freistaat in Angriff genommen werden.
6. Um den Mangel an preisgünstigen familien- und kindergerechten Wohnungen zu beheben, muß die Staatsregierung ein Sonderbauprogramm „Wohnen für Familien“ auflegen. Hierbei sollen Alleinerziehende besonders berücksichtigt werden.

Wenn die CSU auf diese SPD-Vorschläge eingeht, die ideologischen Scheuklappen ablegt und mithilft, dies in die Tat umzusetzen, dann kann Bayern innerhalb der Bundesländer zur Speerspitze für eine familienfreundliche Politik werden.

(-/16.12.1988/vo-he/st)

* * *